

Galeische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 188.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wagenpreise für Halle und Straze 2.50 RTL. durch die Post bezogen 2 RTL für das Vierteljahr. Die Galeische Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Freitag- und Samstag. Preis für den Abnehmer (Kontant) 1/2 Mark (postfrei), 3/4 Mark (inkl. Post). Einzelhefte 1/2 Mark. Abonnementspreise: Ein Jahr 6 Mark, 6 Monate 3 Mark, 3 Monate 1 Mark 50 Pfennig. Einzelhefte 1/2 Mark. Einzelhefte für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Manuskripten für die gedruckten Seiten oder deren Raum für Halle und den Umkreis zu 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. — Bekanntes am Schluss des redaktionellen Teils des Heftes 100 Pfennig. — Anzeigenpreise bei der Redaktion in Halle 2 Pfennig und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.
Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsnummer 8110.
Postfachnummer Nr. 20000; Postfachnummer 20000.

Donnerstag, 23. April 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Fernruf Amt Kurier Nr. 6290.
Druck und Verlag von Carl Ebel, Halle (Saale).

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. April 1914.

Am Regierungstische: Minister der öffentlichen Arbeiten
v. Breitenbach.
Vizepräsident Dr. Forstf. eröffnete die Sitzung um
11 1/2 Uhr.

Die erste Beratung des
Eisenbahnangelegenheiten-Gesetzes
und der Kleinbahn-Denkschrift wurde fortgesetzt.
Abg. Hoff (Forstf. Vpt.) erklärte im Gegensatz zu dem
Abg. Waldstein, die Postminister eröffnen von der Linie
Altona-Neumünster einen engeren Anschluss an das übrige
deutsche Netz, besonders Eisenbahnen; der
Rechnungswert durch das neue Projekt nicht präjudi-
ziert; die Aufstände an dem Bahnhof Elmshorn seien
allerdings unklar.

Abg. Dr. Juchacz (Forstf.) bei dem Verkauf der
Eisenbahn-Oldenburg-Wilhelmsbaben an Oldenburg wäre
zu erwägen gewesen, ob nicht anstatt des Kaufpreises in Geld
andere Entschädigungen an den preussischen Staat ange-
nommen werden können. Die

Grenze bei Wilhelmsbaben ist widersinnig
und hätte bei dieser Gelegenheit geändert werden sollen.
Es scheint jedoch, als ob lediglich die Eisenbahnterritorien in
Betracht gezogen seien; hier aber hätte Oldenburg, das bisher
zum Gebietskreis nicht bereit gewesen ist, zum Ent-
gegenkommen heranzukommen. Wilhelmsbaben
ist geradezu eingekerkert und kann sich nach keiner Richtung
ausdehnen, die Grenzen sind unregelmäßig, die Verkehrs-
verhältnisse ungünstig. Durch die künftige Verlegung des
Bahnhofes aus der Stadt werden bedeutende Wertobjekte
gefährdet, z. B. Hotels. Die Bahn ist aber gerade wegen der
Stadt Wilhelmsbaben von Preußen gebaut worden. Die
Stadt muss auch die Einnahme von jährlich 6000 Mark aus
der Besteuerung der Eisenbahn behalten. Nebenfalls sollte
das Bahnhofsgebäude nicht an Oldenburg übertragen
werden, sondern im preussischen Besitz bleiben. Wir müssen
bei aller Bundesfreundlichkeit

bei diesen Staatsverträgen Vorsicht üben,
ich erinnere an die Erfahrungen der Gemeinde Lehe und an
diejenigen mit dem Südbahnvertrag. Die geplante Bahn
von Aurich nach Sande muss als Vollbahn gebaut werden.

Minister v. Breitenbach: In dem Staatsvertrag, der in
seiner Verbindung mit allen anderen Staatsverträgen
übereinstimmt, ist ausdrücklich festgestellt, dass die Groß-
herzoglich Oldenburgische Regierung die Verkehrs- und
volkswirtschaftlichen Interessen des preussischen Gebiets in
und um Wilhelmsbaben in gleicher Weise berücksichtigen
wird, wie die der eigenen Gebiete.

Die Zusicherungen der oldenburgischen Regierung
stellen die Interessen Wilhelmsbabens sicher. Der unerläß-
liche Neubau des Bahnhofs erfolgt mit Einverständnis der
preussischen Regierung.

Vizepräsident Dr. Forstf.: Wir können zur
Bekanntmachung

für das Kleinbahngesetz hat sich neben der Ge-
schäftsordnung die Bitte gebildet, daß nicht Schluss der
Debatte gemacht wird, sondern alle Redner zu Worte
kommen; danach kann eine ungenügende Zahl von Rednern
jede beliebige Zeit sprechen. Das ist ein Übel. Wenn der
Widerpruch gegen die Forderung der Redezeit aufrecht er-
halten wird, so will ich ihn nicht durch Mehrheitsbeschluss
zu hegen suchen; dann muß aber auch bei dieser Beratung
gemäß der Geschäftsordnung Schluss der Debatte gemacht
werden, wenn die Mehrheit dafür ist. Außerdem behalte
ich mir vor, für heute und morgen Abendstunden vorzu-
schlagen.

Abg. W. Hoffmann (Soz.) und Abg. Dr. Bahndie
(Forstf. Vpt.) hielten ihren Widerspruch aufrecht.
Abg. Forstf. v. Juchacz (Forstf.) und Abg. Dr. Schröder-
Kassel (Nat.) haben die Redezeit, sich möglichst kurz zu fassen.

Vizepräsident Dr. Forstf.: Ich lasse meinen Vorschlag
fallen, teile aber mit, daß die

Zahl der Redner auf 105 angewachsen ist.
Abg. Forstf. v. Juchacz (Forstf.) und Abg. Reiner-
bögen (Nat.) brachten Wünsche ihrer Wahlbezirke vor.

Abg. Dr. Wiemer (Forstf. Vpt.): Der Staatsvertrag
zwischen Oldenburg und Preußen wird den Interessen
beider Staaten gerecht. Der projektierte Bahnbau Aurich-
Sande ist für Ostfriesland von großer Bedeutung. Jetzt
noch weitere Verhandlungen zu führen, ist nicht notwendig.
Man sollte mit Kompensationsforderungen für Wilhelms-
baben nicht zu weit gehen, um nicht das ganze Projekt zu
gefährden.

Abg. v. Böhlenhoff-Köllin (Nat.) vertrat Verkehrs-
wünsche der Stadt Neu Werth und die Interessen des Fisch-
marktes in Hollen.

Abg. Dr. König (Ztr.) empfahl die sogenannten Bienen-
zucht-Amsterdamm (Frankfurt a. M.) sowie einen preussisch-
holländischen Zollvereinbarung Berlin-Kempen-Krefeld und
andere Verkehrsverbindungen von Niederheim.

Abg. von Wobesberg (Nat.) wünschte zur Aufschließung
des Kreises Sternberg eine Linie Grotzen a. d. Wer-
bauch, Abg. v. Fagel-Schiffa (Nat.) für das Eisen-
bahn eine Bahn von Quacklüt nach Hirsbera oder

Kalteneber, Abg. Hanemann (Nat.) eine Linie Kuden-
scheid-Humborn, Abg. Dr. v. Kries (Nat.) Schnellzüge für
die neue Vollbahn Schneidemühl-Posen und den Bau der
linken Warbe-Ufer-Bahn. Abg. Dr. Kriebberg (Nat.)
wünschte Eröffnung des Dünmältes und eine Eisenbahn-
verbindung Wismar-Bülow, Abg. Dr. Schröder-Kassel
(Nat.), eine Nebenbahn für das Oderwerder, die allmäh-
liche Schaffung einer direkten Vollbahnverbindung Kassel-
Köln und die Verbesserung einiger Schnellzugsverbindun-
gen, unterstützt von dem Abg. Krautnickel (Nat.).

Abg. v. Conrad-Fronza (Forstf.) hat um ein zweites
Gleis für die rechte Weichselufer-Bahn Thorn-Marien-
burg.

Abg. Odenroth (Nat.) um bessere Verbindungen
zwischen dem Bielefeld und dem Siederland und um Tarif-
ermäßigungen für die dortige Waldindustrie.

Abg. Cde-Frohmannsdorf (Ztr.) bot, die neue Linie
Niemitz-Brodau möglichst über Neumarkt zu führen.

Abg. Sielermann (Nat.) befürwortete die Fortführung
der Eisenbahn Niemburg-Magden über Magden hinaus bis
zur Hauptbahn Bremen-Danabrig, die für die Entwik-
lung der Gegend unbedingt notwendig sei und sich gut
rentieren werde.

Abg. Hansmann-Lauenstein (Nat.) fand es unent-
schuldig, daß man große Teile des Bielefelder Gebietes gänzlich
ohne Bahnverbindung lasse.

Abg. Bahde-Königsberg i. d. Neumarkt (Nat.) hat um
Schwierige von den umliegenden Orten nach Wriezen.

Abg. Wittrock (Forstf. Vpt.) sprach für eine
Bahn Hensburg-Dünnum
und den

Ausbau der schleswig-holsteinischen Ostküstenbahn
anstatt einer von anderer Seite geplanten Vogenbahn; diese
Bauten würden ein sehr fruchtbares Gebiet, dessen Ertr-
nießung bis zu 15 km Entfernung von der Eisenbahnstation
erhalten, mit 25 Gemeinden und 11 000 Einwohnern er-
schließen, die Kultivierung sehr ausgedehnter Ödlandereien
bedürfen, dadurch den Viehbestand und die Fleischverfor-
gung heben, auch Apenrade und Södersleben, die jetzt nur
durch Kleinbahnen erreichbar seien, an den Durchgangsver-
kehr anschließen.

Die nationalen Interessen
würden durch besseren Anschluss des Nordens an den Süden
gefördert werden.

Abg. von Saffell (Nat.) befürwortete einen Bahnbau
Ermstede-Dürenfeld-Giffelstedt zwecks besserer Aus-
nutzung des Schiefersteiges bei Mansfeld und Verbesserung
der Linie Mansfeld-Wippra.

Abg. Trünenberg (Ztr.) die endliche Eröffnung des
sogenannten Oberamtes im Kreise Sünfeld, um die sich
dessen Bewohner seit 50 Jahren vergeblich bemühten.

Abg. Berndt (Ztr.) einen gründlichen Umbau des Bahn-
hofs Münsterberg und Ausbau der primitiven Haltestelle
Wartho.

Abg. Schreyer (Nat.) trat für bessere Bahnverbindungen
für Stadt und Kreis Wehlar ein.

Abg. Forstf. v. Keitenslein-Blösch (Zentr.) klagte über Ver-
nachlässigung des Kreises Wetz und wünschte den baldigen
Bau der Linie Södrau-Lohlau und besseren Anschluss für
Gleiwitz.

Abg. Wroos (Zentr.) sprach für bessere Eisenbahnverbin-
dungen im Kreise Wipperfürth.

Abg. Sillmeeyer (Nat.) stimmte dem Abg. Sielermann zu.

Abg. Dr. Ostfald-Söllingen (Nat.) trat für Anschluss
der Strecke Remscheid-Söllingen an den Fernverkehr und für
den alten Wunsch einer Eisenbahnverbindung Hildesheim-
Strawmündebrücke, sowie für Verbesserung der Bahnhof-
verhältnisse in Dölling ein.

Abg. Glattfelder (Zentr.) für Eröffnung der Hoch-
ebene des Saargaus zwischen Mosel und der unteren Saar;
alle Petitionen der Bevölkerung seit langen Jahren
seien erfolglos geblieben.

Am 10 Uhr wurde die Weiterberatung am Donner-
stag 10 Uhr fertig.

Vizepräsident Dr. Forstf. erklärte, die Anberaumung
einer Abend Sitzung werde vom Fortgange der Erledigung
der Redezeit abhängen.

Deutsches Reich.

Die Presse in den Reichsländern

begrüßt den neuen Statthalter im allgemeinen mit einer
gewissen Zurückhaltung. Die nationalliberale „Straß-
burger Post“ meint, daß Herr von Dallwitz nicht reaktionär
sein müsse, er habe als ausländischer Minister bemerken,
daß er auch anders könne. Für ihn spreche nicht nur
seine rasche und glänzende Verwaltungslaufbahn, sondern
auch der Umstand, daß der Reichskanzler ihn dem Kaiser
vorgeschlagen habe.

Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ heben her-
vor, daß dem neuen Statthalter der Ruf der Zukunfts-
fähigkeit voraussetzt, das öffentliche Werk werde ihn mit
Sicherheit und mit der Erwartung begründen, daß er seine
Aufgaben ganz in den Dienst des Landes stellen werde.
Herr von Dallwitz habe schon einmal als Minister eines

deutschen Bundesstaates bemerkt, daß er seine altpreussischen
ererbten Anschauungen den Anforderungen seiner
Stellung untergeordnet vermöge.

Dagegen schreibt die demokratische „Straßburger
Bürgerzeitung“, Elbsch-Verbringen müsse tief die Stunde
besagen, in welcher die Ernennung des Herrn von Dallwitz
beschlossen worden sei; sie zeige nur, daß man den Reichs-
ländern ihre Abhängigkeit von Berlin lösen lassen wolle,
und daß man sich um die vielen Millionen Deutscher gar
nicht kümmere, die in der Ernennung des Herrn von Dall-
witz einen Sieg der Reaktion erblicken müßten.

Die sozialdemokratische Presse glaubt, daß es
sich nicht um einen Wechsel des Systems
handele, sondern nur um einen graduellen Unterschied. Wir
bezeichnen diese Bestimmungen, ohne sie einer Kritik zu
unterziehen.

Die Friedbergerischen Behauptungen.

Man schreibt der „Deutschen Tageszeitung“:
Zu der Erklärung, die der frühere nationalliberale Reichs-
tagsabgeordnete Paul Lehmann bezüglich der Neuierung des
Abgeordneten Dr. Friedberg über die Schuld der Konser-
vativen an der Verletzung des Wahlrechts gegeben hat, sei noch eine
Ergänzung der Darstellung des Herrn Lehmann nachgetragen.
Der vollständigste Zeuge für die Unrichtigkeit der Friedberg-
schen Behauptungen, die ja leider die offizielle Darstellung der
nationalliberalen Partei bilden, dürfte ohne Zweifel der ver-
storbene Herr v. Normann gewesen sein, der sich über den fran-
kischen Vorgang während der Reichstagsperiode 1892 in einer
öffentlichen Wählerversammlung in Leipzig a. d. Saale aus
seiner eigenen Anschauung äußerte. Der nationalliberale
Generalsekretär griff bei dieser Versammlung Herrn v. Nor-
mann persönlich als den Urheber des Wahlrechts an. Das
veranlaßte den verstorbenen Führer der Konserverativen zu
einer authentischen Feststellung, bei der er hervorhob, daß er
die fragliche Unterbrechung natürlich nicht bis auf den Wahl-
tag zurückgehen könnte, daß es aber ferner keinen Ein-
fluss auf die Unterbrechung der Wahlrechtsreform gegeben
habe.

Nach der länger als fünf Monate hindurch praktisch er-
gebnislos gebliebenen Arbeit der Finanzkommission sei er
nach einer Sitzung der Konserverativen Reichstagsfraktion in
denen Herren v. Normann und Herr Lehmann zugegen und habe ihm
mitgeteilt, daß die Konserverativen die Verantwortung für ein
längeres Hinanzögern der Reichsfinanzreform vor dem Lande
nicht länger tragen könnten. Sie würden, da der Wahl aus
sich selbst heraus bisher nichts Positives aufzuheben gebracht
habe, nunmehr mit eigenem Willen eingestehen und habe ihm
jede Versicherung, gleichwie sie ihm aufgenommen sei, an-
nehmen. Auf die Frage des Herrn Lehmann, ob das eine
Sündigung des Wahlrechts sein solle, habe er (Herr v. Nor-
mann) erwidert, daß das in seinen Worten keine Sündigung
enthalten sei; im Gegenteil, seine Konserverativen Freunde
würden sich freuen, wenn sie auch weiterhin recht oft mit der
anderen Seite zusammengehen könnten.

Auch diese Erklärung des verstorbenen Herrn v. Normann
ist wohl ein gewissermaßen Beweis dafür, wer damals den
„Wahlrechts“ gemacht hat.

Die Sozialdemokratie und der Verfassungsschub.

Der von Karl Kautsky herausgegebene dritte Teil der
Lebenserinnerungen v. Ebel enthält mancher interessante
Mitteilungen, aus denen wir hier die gelegentlichen Bemerkungen
über den von der Sozialdemokratie
gemachten Verfassungsschub hervorheben.
Vielmehr hat in der künftigen zweiten Nummer
bei seinem Eintritt den verfassungsmäßigen Eid ge-
schworen, das ungetrennte Wohl des Königs
und Vaterlandes allegiert zu wahren. Er
hatte das offen mitgeteilt. Friedrich Engels hielt diese
offene Mitteilung für überaus bedenklich; er schrieb in
einem Briefe vom 24. November 1879:

„Ein Red war es, im „Sozialdemokrat“ feierlich an-
zugeben, daß Ebelrecht den künftigen Eid geschworen...
Wozu und ich finden die Sache gar nicht so glücklich. Wir
müßten wissen, ob die Parteien bereit sind, das mit der In-
konsequenz begeht und einen Eid schwört, der noch
dazu der einzige ist, der einem feinen Mein-
eidsbruch ausgesetzt ist. Aber wenn man schwört,
muss man diesen Schwören dazu schweigen, dass andere Herrn schuldig; dann
war Zeit genug zur Verleumdung.“

Ebel antwortet darauf am 11. Dezember 1879:
„Ich gehe zu der Eidesleistung über. Hierfür hat darüber
fürsich einen sehr rabiaten Brief geschrieben und Ebelrecht;
schweigen, sich nicht von der faulen Leipziger Umgebung be-
einflussen zu lassen. Ich kann versichern, daß es von Seiten
der Leipziger noch keines Druckes bedürftig, um Ebelrecht zu
dem zu bringen, was er bisher geteilt. Speziell in der Eides-
leistung hand ich auf einem anderen Standpunkte. Daß der
Eid gelehrt wurde, war auch meine Absicht; denn wollte man
ihn nicht leisten, so brauchte man überhaupt nicht zu schwören.
Aber ich wollte, daß der Eidesleistung erklärt wurde, daß
man den Eid nur als eine Formale ansehe, die man
erfüllen müsse, weil ohne sie kein Eintritt in die Kammer
und seine Ausübung des Mandates möglich sei. Der Eid fände
uns in untern sozialistischen und republikanischen Kreisen
nicht irritieren. Ebelrecht war gegen diese Auffassung,
und ich habe mich aus nachstehenden Gründen nicht weiter
auf Streitigkeiten eingelassen.“

Ueber diese Auffassung von der Bedeutung des Eides
braucht wohl kein Wort verloren zu werden.

Neuere politische Nachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin, der König der Hellenen und die anwesenden deutschen Diplomaten besuchten die Ausgrabungen in Monrepos und Gerlio. Die Kaiserin besuchte den Panzerkreuzer „Geben“. Zur Mittagszeit beim König und der Königin der Hellenen im Stadtschloß waren der Reichszanzler und Freiherr von Wangenheim geladen. Der König der Hellenen hat dem Reichszanzler das Großkreuz des Erlöserordens verliehen.

Die Tauschpaten des Erbprinzen von Braunschweig. Die Tauschpaten des Erbprinzen sind folgende: der Kaiser und die Kaiserin, der Herzog und die Herzogin von Cumberland, der Kaiser von Oesterreich, der Kaiser von Rußland, der König von England, der König von Bayern, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Max von Baden, Prinz Waldemar und Prinz Oskar von Preußen, Prinz Waldemar von Dänemark und das bayerische 1. Infanterie-Regiment in Minden.

Der Kaiser und die Kaiserin werden am 9. Mai gegen 10 Uhr vormittags in Braunschweig eintreffen. Es findet großer Empfang statt. Entgegen anderslautenden Meldungen steht fest, daß der Herzog Ernst August von Cumberland bei den Tauschlichkeiten nicht anwesend sein wird.

Ernennung. Der Geheimde Ober-Regierungsrat und vortretende Rat im Ministerium des Innern Kochenbeck ist zum Mitglied des Reichstages für die nichtchristlichen Beamten im Nebenamt ernannt worden.

Seine weiteren Verhandlungen zwischen Anglisten und Zentralvorstand. Der Reichserzbischof der Vereinigung der national-liberalen Jugend befindet sich telegraphische Erklärung, daß seine in der Sitzung des Gesamtverbandes gegebene Erklärung falsch abgedruckt worden ist. Wülfel behauptet es in dem Besonderen. Wie verfahren über die Aufklärung des Reichserzbischofs nicht, lehnen Verhandlungen darüber strikte ab. Wir nehmen von jeder dröhnigen Erklärung gegen Kenntnis und lassen es dahingestellt sein, wie der funktionsfähige Fehler in den offiziellen Sitzungsbereichen gelangen konnte.

Völlige Einnahme von Veracruz durch die Amerikaner.

Veracruz, 22. April. Das Feuer in der Stadt dauerte bis Mitternacht fort. Die amerikanischen Streitkräfte am Lande betragen 1200 Mann.

Die amerikanischen Streitkräfte beherrschen Veracruz vollständig. Nichtkommandanten sind nicht verurteilt worden.

Kontrollkommando Fletcher hat an die Einwohner von Veracruz einen Erlaß gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, im Interesse der Menschlichkeit mit ihm an der Wiederherstellung der Ordnung zu arbeiten. Die Kommandeure sind fähig die Regierung beherrschen wie zuvor. Die Vereinigten Staaten werden nur das Nötigste besetzen halten und Kontrollen durch die Stadt führen.

In einer Konferenz, die heute vormittag am Bord des Linienfahrers „Arkansas“ zwischen dem Kontrolleradmiral Badger und Fletcher stattfand, wurde die vollständige Einschließung von Veracruz beschlossen. Das Landungs-korps Badgers ist 2700 Mann stark.

Der amerikanische Konsul in Veracruz, W. W. Canab, meldet, daß die amerikanischen Truppen gestern vormittag 8 Uhr unter dem Schutze der Geschütze der Kriegsschiffe anrückten, um die gesamte Stadt zu besetzen. Dem Bericht des Konsuls zufolge sind bei den getrigen Kämpfen 150 Mexikaner getötet oder verwundet worden. Als gestern wieder amerikanische Marinepionier gelandet wurden, wurden sie von mexikanischen Schwarzschießen von den Dächern der Häuser im Stadtkern beschossen.

Nach Mitteilungen des Marine-Departements sind von der Flotte des Kontrolleradmirals Badger heute Verbarungen in Veracruz gelandet worden, um bei der Einnahme der ganzen Stadt zu helfen. Badger hat auch die Torpedobootsflotte nach Tampico beordert, um den Kreuzer „Des Moines“ zu unterstützen, der dort allein zurückbleibt, als die übrigen amerikanischen Schiffe nach Veracruz gingen.

Der Wille der amerikanischen Regierung. Eine höchstgelegte Persönlichkeit hat erklärt, die Besetzung von Veracruz durch Streitkräfte der Vereinigten Staaten löste Guerra davon überlegen, daß die Regierung es ernst meine. Gegen Xambio werde nichts internommen werden, sofern nicht die Haltung Gueros dazu Anlaß biete. Kontrolleradmiral Badger bleibe in Veracruz, bis er weitere Anweisungen erhalte.

Der Kriegsplau der Mexitaner. Einzigliche mexicanische Bundesstruppen im Norden von Mexiko haben den Befehl erhalten, sich auf Saltillo zu konzentrieren, um den amerikanischen Einfall zurückzuweisen. Wieder Xambio gegenüber von Eagle Wash wurde infolge dessen heute am frühen Morgen geräumt. In der Nacht hatte dort größte Aufrührung geübt, und an mehrere eiligst gebildete Freiwilligenkompanien waren Waffen verteilt worden.

Neu-York, 22. April. Nach einer Depesche aus Veracruz sind zwei Eisenbahnzüge voll amerikanischer Flüchtlinge irgendwo zwischen Mexiko und Veracruz angekommen worden, man glaubt, auf Anordnung des Generals Wood. Die Telegraphenverbindung mit der Hauptstadt ist abgebrochen.

Die Debatte über die Entschickung betreffend Mexiko. Die Debatte im Senat zu Washington über die Resolution bezüglich Mexikos trug einen leidenschaftlichen Charakter. Es wurden viele bemerkenswerte Reden gehalten, darunter eine Rede des Senators Root, der verlangte, daß das in der Resolution für die Verbindungen des Präsidenten vorgeschlagene Wort „Verpflichtung“ nicht mit dem Verständnis von Xambio, sondern mit der langen Reihe von Verträgen begründet werde, die gegen Leben und Eigentum amerikanischer Bürger beanagen worden seien, mit Einschluß derjenigen, die in Nord-Mexiko, wo die Zuträger herbeizien, verübt wurden. Ein Zusatzantrag zu der ursprünglichen Resolution, welcher vorgeschrieb, daß die Vereinigten Staaten, nach Niederwerfung des Gueros, sich über Veracruz zurückziehen und alle Teile

des Landes seinen Besitzern überlassen sollten, wurde abgelehnt.

Das Repräsentantenhaus in Washington hat ohne Debatte der vom Senat angenommenen abweichenden Resolutionen zugestimmt, in der dem Präsidenten die Berechtigung ausgedrückt wird, die besessene Macht in Mexiko zu verwenden.

Beschlüsse des amerikanischen Arme- und Marineauschusses. Der gemeinsame Arme- und Marineauschuss in Washington hat empfohlen, die Waffenausrüstung über die mexicanische Grenze wieder zu verbieten. Außerdem wird erklärt, die Regierung könne die Mittel für den Krieg ohne Schwierigkeiten flüssig machen, falls die finanzielle Lage ausgeglichen sei. Sie beziehe sich nicht die öffentliche Operationen vorzunehmen. — Präsident Wilson hat an den Kongreß eine Botschaft gerichtet, in der er die sofortige Bewilligung von 500.000 Dollar für die Heimförderung der Amerikaner aus Mexiko fordert.

Die gegenwärtigen Geschäftsträger in Mexiko und Washington. Washington, 22. April.

Sier wird von ziemlich maßgebender, aber nicht amtlicher Stelle erklärt, Guero habe das Erden gestellt, die Vereinigten Staaten möchten den Geschäftsträger O'Shaughnessy abberufen. — Der mexicanische Geschäftsträger Algora wurde von Guero angewiesen, vom Staatssekretär Bryan seine Pässe zu verlangen.

Der mexicanische Geschäftsträger in Washington, Algora, erklärte, er habe verschiedene Mitteilungen seiner Regierung erhalten, daß er jeden Augenblick abberufen werden könnte, aber die Anweisung, seine Pässe zu fordern, habe er noch nicht. Staatssekretär Bryan äußerte, er habe noch keine Mitteilung darüber, daß der amerikanische Geschäftsträger in Mexiko, O'Shaughnessy, von Guero angefordert worden sei, Mexiko zu verlassen. Bryan zeigte sich besorgt, weil es unmöglich ist, mit O'Shaughnessy in der Stadt Mexiko in Verbindung zu treten.

Der zur Aufnahme deutscher Flüchtlinge requirierter Dampfer „Pyrainga“ der Hamburg-Amerikanische ist mit einem für die mexicanische Regierung bestimmten Waffen- und Munitionstransport in Veracruz eingetroffen. Der amerikanische Admiral Fletcher verbot anfänglich dem Kapitän, den Hafen mit den Waffen an Bord zu verlassen. Die amerikanische Regierung hat inzwischen ihren Standpunkt dahin präzisiert, daß sie zwar die Hoffnung hege, die Waffensendung werde in dem von den amerikanischen Truppen besetzten Zollamt von Veracruz gelandet werden, um dort amerikanischerseits in Verwahrung genommen zu werden. Da indessen ein Kriegszustand nicht bestehe, beantrage sie nicht das Recht, die Abfahrt des Dampfers zu verhindern oder über die Waffensendung eine Kontrolle auszuüben, es sei dem, daß sie in einem von den amerikanischen Streitkräften besetzten Zollamt gelandet werde. Admiral Fletcher hat sich auf Weisung seiner Regierung bei dem deutschen Kapitän entschuldigt.

Wie in Washington verlautet, ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß der Dampfer „Pyrainga“ seine Waffensendung wieder an die früheren Eigentümer in Deutschland zurückgeben soll und daß diese die Transportkosten für die beiden Wege zu tragen haben.

Die Pariser Reise des englischen Königspaares.

Der König von England hat gestern vormittag den russischen Votschafter Isidorsky empfangen. Nachdem begaben sich die Majestäten um 11 Uhr nach der englischen Hofkapelle, wo sie verschiedene Abordnungen empfingen, die Waffens überreichten. Der Präsident der Republik und Frau Bismarck folgten gestern nachmittag nach 1/2 Uhr vor der englischen Hofkapelle vor, wo der König und die Königin von England in ihrem Wagen Wagners nahmen, um sich unter dem Schutz der Gendarmen nach Vincennes zu begeben. Hierauf nahmen der König und die Königin an einem Frühstück in kleinen Kreis teil.

Truppenzug in Vincennes. Nach dem Vorübermarsch der Truppen vor dem König von England und dem Präsidenten der Republik nahmen die Jagdler der Ecole Polytechnique und des Artillerie von St. Cyr vor der Präsidententribüne Aufstellung. Dort schied Präsident Bismarck ihre Bahnen mit dem Kreuze der Ehrenlegion, um, wie er sagte, der nationalen Dankbarkeit Ausdruck zu geben. Die Besuche des Königs und der Königin, die dem ganzen Heere ein Beispiel von Patriotismus und militärischer Fröhlichkeit gegeben sind. Präsident Bismarck läßt darauf keine Folien.

Empfang im Rathaus. Nach der Rückkehr der Truppenzüge in Vincennes fand für den König und die Königin, die von dem Präsidenten Bismarck und Frau Bismarck begleitet waren, um 5 Uhr nachmittag ein Empfang im Rathaus statt. Der Präsident des Gemeinderats und der Präfect des Seine-Departements hielten Begrüßungsreden, die der König dankend erwiderte. Darauf besuchten die Majestäten die Gasse des Rathauses, wo sie von dem zum Empfang Erschienenen der Menge zum Abschied mit dem Namen der Stadt Paris wurden ihnen Wünsche überreicht und zwar ein goldener Becher für den König und ein Spiegel für die Königin. Nachdem sich die Majestäten in das Goldene Buch eingetragenen hatten, verließen sie in Begleitung des Präsidenten Bismarck und seiner Gemahlin das Rathaus.

Ueber das englisch-französische Verhältnis. Der Spezialkommissioner des Neuteren Bureau, der den König auf seiner Pariser Reise begleitet, ist zu folgender Erklärung ermächtigt:

„Was die Beziehungen zwischen dem Heerde des Staatspräsidenten Grew und die mutmaßlichen Ergebnisse der Zusammenkunft der britischen und französischen Minister des Neuteren anbetrifft, so kommt ein neues, formelles und schriftliches englisch-französisches Abkommen, das von einigen Stellen berichtet worden war, nicht in Frage. Die Beziehungen Englands und Frankreichs sind aus je seit begründet und auf der Grundlage eines gegenseitigen herzlichen Einverständnisses fortbestehend. Zweiwöchentlich werden Angelegenheiten von beiderseitigen Interesses, wie die Neuen Schreiben, besprochen werden. Es ist jedoch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß Grew oder Doumergue eine Liste von Angelegenheiten für einen formellen Meinungsaustrausch im Sinne hätten. Wenn eine Grundlage des Einverständnisses besteht, wie bei England und Frankreich, wird es in Spanien wie die genannte, besser zwischen beiden Experten erleblich. In den englisch-französischen Beziehungen ist in der Zeit keine

formellere Art und Weise notwendig, ebenfalls wie ein Vertrag, der beiden Seiten einmündlich. Obwohl als Ergebnis des Pariser Besuchs eine Erweiterung der bestehenden Beziehungen nicht erwartet werden kann, so darf doch auf eine klarere Definition der bestehenden Einverständnisse gedrungen werden.“

Ueber die im Glosse gewechselten Trinksprüche schreibt der „Temps“: Die Trinksprüche werden in England und Frankreich mit gleicher Beherzigung aufgenommen werden, und die öffentliche Meinung Europas hat Ursache, sich ausnahmslos dieser Beherzigung anzuschließen. In der Zeit sind die Worte, welche ein vollkommen harmonisches Glosse bezeichnen, die Worte „Einigkeit und Friede“. Die beiden Trinksprüche über den Tod der beiden Kaiser glücklich. Beide Trinksprüche sind durch eine Wärme bemerkenswert, die derartigen unheimlichen Ausdrückungen nicht immer innewohnt, und diese Wärme hat nichts Begünstigendes.“

Ausland.

Kärmenter Kundgebungen gegen das Dreijahresgeleit.

In einer Wählerversammlung in Kluei bei Paris, in welcher der frühere französische Kriegsminister Millierand für den Kammerpräsidenten des Verbandes der Kluei, den Temp's-Mitgliedern Par die in, eintrifft, wollte, heranzuführen die Sozialisten eine Kärmenter Kundgebung gegen das Dreijahresgeleit und verbündeten Millierand, zu sprechen. Millierand und Karbieu konnten ungehindert den Saal verlassen, worauf Gendarmen die Kluei wiederherstellten.

Zum Bekünden Kaiser Franz Joseph. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Nach dem heute abend beim Kaiser abgehaltenen Konfultum erklärte der Leibarzt Dr. Kersl: Die Gefahr ist vorüber. Ich gehe beruhigt schlafen.

Der König von Schweden verließ gestern nachmittag 2 1/2 Uhr Sjöedennet und fuhr mit der Königin nach Schloss Drottningholm, wo die Herrschaften um 10 40 Minuten eintrafen. Dem König ist die Fahrt auf dem Wasser sehr vorzüglich gefallen, so daß Professor Berg beglückwünscht den König nach Drottningholm.

Der neue Chef des japanischen Admirals. Viceadmiral Sato, der die Stelle des Chefs des Admirals Togo während des russischen Krieges, wurde durch den Kaiser alsbald an Stelle von Admiral Tsun erenannt, der in den Kriegsjahren und Marinezeit berufen wurde.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Riege des v. Dallwitz'schen Geschlechts hat in der heutigen Robing Sachsen gestanden. Das Wappen (in Silber vier rote Klammern, auf dem Helm vor einer grünen Krone, ein schwarzes Kamm mit rotem Besatz, an dem eine goldene Kugel hängt) beweist deutlich den Zusammenhang der Sippe mit dem Schaff v. Böttsche genannt, der heutigen Grafen v. Schöffels. Der älteste urkundlich auftretende Träger des Namens ist Heinrich de Lalmiz, welcher zum Markgrafen des Reichs Heinrich dem Erlauchten 1308 Neben am 22. Juni im Jahre Lalmiz empfing. Die ununterbrochene Stammreihe der zumal in der Niederlausitz im 17. und 18. Jahrhundert oftmals reich begüterten Familie beginnt mit einem Hans auf Starzeddel im Güntzer Kreis, dessen Sohn Hans 1497 mit einer v. Stolbenburg vermählt war. Starzeddel blieb bis 1718 in den Händen des Geschlechts, was durch Erblich an die v. Thermo kam, die es 1840 an die v. Gleditsch mit drei angedauerten Gütern: Raubart und Verkehrt für 130.000 veräußerte. Eine Linie des Geschlechts wurde vom deutschen Reich mit dem Präfident „Dach und Wolkeleben“ am 15. Juli 1718 in den Grafenstand erhoben, ist aber bereits am 25. September 1762 mit dem Grafen Johann Maximilian erloschen. Die Familie besah in der Provinz Sachsen auch Vertra (Mittenberg), Verla (Belitz), Collochau (Schwennitz) und Döllingen (Mehlendorf). Eine interessante Persönlichkeit ist Hans v. Dölling, der es 1800 mochte, die Präfektur an dem in der uralten Kirche zu Starzeddel aufgestellten Bilde der heiligen Margarete zu unterlegen, welche in Kindesdiensten helfen sollte und für ihre Güte verlangte, daß ihr die verdorrte Nabelschnur als Weihgeschenk dargebracht wurde. G. S.

Aus dem Offiziellen, 20. April. (Von Grundwasser) In der Provinz Sachsen ist in diesem Frühjahr noch den vorgenannten Verfügen durchweg noch getrieben. Der Grund hieron ist lediglich in den ziemlich erheblichen Niederschlägen während der letzten Wintermonate und im Anfang des Frühjahres zu suchen. Der niedrige Grundwasserstand war 1911 zu bezeichnen und hier eine Folge der sommerlichen Dürre und der verhältnismäßig geringen Niederschläge nachher. Einwirkungen von Grundwasserständen auf die örtlichen Grundwasserstände scheinen sich noch nicht fühlbar zu machen; doch dürfte ein Sinken der Grundwasserstände in den Dörfern, welche mit Wasserleitungen versehen sind, zu erwarten sein, wenn nicht durch den Bahnbau die Wasserzufuhr gesichert, fast durchweg von NO. her ihren Ursprung bekommen.

Stenat, 21. April. (Unter Worbberbach) verfestete Wehren wurde hier ein wanderender Badergesellschaft unter dem Vorwand verfaßt, am 8. Februar in Bismarck den Gärtner Gottlieb Krause ermordet und betraubt zu haben. Er hat auch bereits ausgegeben, daß mit zwei Komplizen, die er nicht näher kennen will, in die Deute geteilt zu haben. In dem Mord will er jedoch keinen Teil haben.

n. Götzen, 21. April. (Die Arbeitstagegenheit) In diesem Frühjahr bis jetzt noch recht viel zu machen übrig. Man darf wohl sagen, daß im Durchschnitt nicht weniger Arbeitstage vorhanden sind als während der Wintermonate. Vor allem liegt die Bautätigkeit sehr im Auge. Neubauten von Wegland sind so gut wie gar nicht in Ausführung, zahlreiche Zimmerleute haben sich auswärts Arbeit gesucht, wenn nicht durch den Bahnbau die Bauarbeiten der Beschäftigung gehalten würde, könnte dieses als direkt bedauerlich bezeichnet werden. Im Zusammenhang damit steht, daß auch die Handwerker, die im wesentlichen auf das Bauwesen angewiesen sind, über Beschäftigungsmangel klagen. Es geht nichts zu tun haben die Meister, da bei den Bauarbeiten leider zumeist ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Ausreichend beschäftigt ist noch die Eisenindustrie, namentlich auch hier die Zeit der Hochkonjunktur vorüber zu sein scheint. Allerdings sind Zimmerleute sehr zahlreich auf dem Bauwesen, namentlich, wodurch weiteren freien Erwerbsmöglichkeiten gehalten würde. Und auch ein Bedürfnis dafür ist vorhanden, denn an Wohnungen jeder Art und Größe besteht hier schon seit Jahren Mangel.

Dermisiten.

Die Aktien für das Bismarck-National-Denkmal, das den Dank des deutschen Volkes an Bismarck bezeugen soll, belaufen sich auf ungefähr 8 Millionen Mark. Ein großer Teil, etwa die Hälfte dieser Summe, ist bereits durch Stiftungen und Beiträge aufgebracht. Um die noch fehlende Summe zu beschaffen, hat der Vorstand des Vereins zur Errichtung des Bismarck-National-Denkmal's auf der Güttenstraße bei Bismarck die Firma Carl Rudolf Bremer & Co. in Köln mit der Aufgabe der

Die Rubrik in Kursbuch und die Zinstitute...

Berliner Börse, 22. April 1914

Gezeichnete 1 Pf., 1 Pf., 2 Pf., 3 Pf., 4 Pf., 5 Pf., 6 Pf., 7 Pf., 8 Pf., 9 Pf., 10 Pf., 11 Pf., 12 Pf., 13 Pf., 14 Pf., 15 Pf., 16 Pf., 17 Pf., 18 Pf., 19 Pf., 20 Pf., 21 Pf., 22 Pf., 23 Pf., 24 Pf., 25 Pf., 26 Pf., 27 Pf., 28 Pf., 29 Pf., 30 Pf., 31 Pf., 32 Pf., 33 Pf., 34 Pf., 35 Pf., 36 Pf., 37 Pf., 38 Pf., 39 Pf., 40 Pf., 41 Pf., 42 Pf., 43 Pf., 44 Pf., 45 Pf., 46 Pf., 47 Pf., 48 Pf., 49 Pf., 50 Pf., 51 Pf., 52 Pf., 53 Pf., 54 Pf., 55 Pf., 56 Pf., 57 Pf., 58 Pf., 59 Pf., 60 Pf., 61 Pf., 62 Pf., 63 Pf., 64 Pf., 65 Pf., 66 Pf., 67 Pf., 68 Pf., 69 Pf., 70 Pf., 71 Pf., 72 Pf., 73 Pf., 74 Pf., 75 Pf., 76 Pf., 77 Pf., 78 Pf., 79 Pf., 80 Pf., 81 Pf., 82 Pf., 83 Pf., 84 Pf., 85 Pf., 86 Pf., 87 Pf., 88 Pf., 89 Pf., 90 Pf., 91 Pf., 92 Pf., 93 Pf., 94 Pf., 95 Pf., 96 Pf., 97 Pf., 98 Pf., 99 Pf., 100 Pf.

Main table of stock prices and exchange rates, organized by company and industry.